

Frau Dr. Echterhoff (SPD-Fraktion) verließ in der Pause den JHA. Frau Borowski (SPD-Fraktion) kam dafür in den Ausschuss.

Der Vorsitzende nahm die Sitzung 19:17 Uhr wieder auf und leitete zu TOP 10 über. Hier verwies er auf die Wahloptionen

- Variante A mit der eine Ferienbetreuung für 5 Ferienwochen im OGS-Beitrag enthalten wären sowie
- Variante B mit dem OGS Beitrag ohne Ferienbetreuung, die derzeit Anwendung fände.

Wie diese Ferienbetreuung dann aussehen könne, würde unter TOP 11 diskutiert.

Der Beigeordnete Herr Doğan verwies auf die Bedeutung dieser Vorlage, machte aber auch deutlich, wie prekär die Personalsituation in der OGS sei.

Er erläuterte, dass bei weitgehend gleichbleibender OGS-Beitragssatzung die Betreuung in den OGSen von 40 auf 45 Wochen erweitert würde und somit lediglich die Anpassung der Dynamisierung enthalten sei. D.h. es gäbe bei Beschluss einen Betreuungsaufwuchs von deutlich 10 % bei gleichbleibenden Beiträgen und somit eine erhebliche Entlastung von teilweise 15 %.

Im Vergleich würde eine Ferienbetreuung zwischen 25 und 100 Euro pro Woche kosten und somit kämen auf die Eltern ca. 250 Euro und mehr für 5 Wochen Ferienbetreuung zu.

Prioritär ginge es einerseits um die Entlastung der Eltern und andererseits darum, die Situation des Rechtsanspruchs in 2026/27 soweit vorzubereiten und somit die qualitativ gute Arbeit der Träger und Schulen abzusichern.

Frau Jung (FDP-Fraktion) sprach sich dafür aus, dass es nach wie vor Tenor im Jugendhilfeausschuss sei, dass die OGSen qualitativ hochwertige Betreuungen mit stetiger Prüfung ihrer Standards bieten sollten.

Der Rat hatte zudem am 6.12.2017 die Empfehlung für den Referenzrahmen zur Qualitätsentwicklung gesetzt. An diesem Rahmen haben JHA und Verwaltung sich bisher ausgerichtet. Die Situation jetzt zeige insgesamt, dass selbst wenn es etwas teurer sei, die Qualitätssicherung wichtig sei. Somit spräche sich die FDP-Fraktion für die Erweiterung aus.

Herr Dr. Beckmann (CDU-Fraktion) zeigte sich überzeugt von der Verwaltungsvorlage. Gerade auch mit Blick auf Leerstand der Schulgebäude in der Ferienzeit sei die Erweiterung sinnvoll und sprach sich vertretend für die CDU-Fraktion ebenfalls für Variante A aus.

Frau Gassen (Bündnis 90/Die Grünen) teilte das Votum der Vorredner gerade auch mit Verweis auf Personalsituation.

Herr Heimann (Stadtschulpflegschaft) verwies auf die Entlastung der geringeren Einkommensgruppen. Zukünftige Finanzierungslücken seien unausweichlich und diese würden wohl nur mit einer weiteren Beitragssteigerung aufzufangen sein, gerade auch weil es die Deckelung vom Gesetzgeber gebe. Somit stelle sich für den JHA die Frage, wie zukünftig die gleichwertige soziale Entlastung geringerer Einkommensgruppen hinzubekommen sei.

Herr Diel (sachkundiger Bürger/Schulleitung OGGS am Pleiser Wald) dankte im Namen der Grundschulleitungen für die Vorlage. Er verwies darauf, dass die Variante A ein gutes Signal sei mit Blick auf den generellen Fachkräftemangel. Zudem stärke dies die Position der Stadt Sankt Augustin in der Konkurrenz mit anderen Standorten. In diesem Zusammenhang dankte er Frau Schlummer (Fachbereich Schule und Bildungsplanung) für die bisher geleistete Arbeit und gute Betreuung der Arbeitsgruppen.

Er sprach sich dafür aus, dass die Betreuung verlässlich sein muss. Kinder bräuchten verlässliche Strukturen, dies hätte der JHA heute ja auch im Bereich der mobilen Streetwork-Arbeit gehört.

Frau Borowski dankte vertretend für die SPD-Fraktion für die hervorragende Vorlage. Die Vorlage sei als Gesamtpaket mit den Elternbeiträgen zu sehen und die Personalsicherung sei wichtig, um den Eltern und Kindern Verlässlichkeit zu bieten. Auch die SPD-Fraktion befürworte Variante A.

Der Beigeordnete Herr Doğan nahm auf den Beitrag von Herrn Heimann Bezug und bejahte, dass man kommendes Jahr an die OGS-Beiträge gehen müsse. Er sagte zu, dass man dann auf jeden Fall auf soziale Staffelung achten würde.

Herr Doğan bat die JHA-Mitglieder gleichwohl auch in die Gesellschaft zu tragen, dass seit dem letzten Jahr rd. 700.000 Euro Entlastung bei den Elternbeiträgen erreicht, 600.000 Euro im OGS-Bereich zugeschossen und auch die Quartierssozialarbeit mit 220.000 Euro gestärkt wurden. Dies sei deutlich mehr als ein Drittel der Grundsteuererhöhung, die in die Richtung der Familien zurückgegeben werde.

Der Vorsitzende stellt fest, dass niemand über Variante B abstimmen möchte und ließ über Variante A abstimmen.